

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates Stadtprozelten am Donnerstag, 18.10.2007 im Sitzungssaal im Rathaus Stadtprozelten

Anwesende:

1. Bürgermeisterin

Frau Claudia Kappes

Mitglieder Stadtrat

Frau Else Baumann

Frau Manuela Betz

Herr Adolf Birkholz

Herr Hans Grimm

Herr Herbert Haider

Frau Marianne Kappes

Herr Roland Kortus

Herr Wolfgang Roth

Herr Manfred Schnellbach

Herr Carlo Tauchmann

Schriftführerin

Frau Regina Wolz

Gast

Frau Prof. Ann Christin Scheiblauber

Städtebauplanerin

Herr Fa. Natursteine Umscheid Rudi

Fa. Natursteine Umscheid

Entschuldigt:

Mitglieder Stadtrat

Herr Karlheinz Czerr

Herr Berthold Ruks

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 22:35 Uhr

TOP 18.30 UHR - ORTSEINSICHT FRIEDHOF STADTPROZELTEN / URNENFELD

Auf dem Friedhof wurde Herr Rudi Umscheid von Bgmin. Kappes begrüßt und ihm das Wort zur Vorstellung des angedachten Urnengräberfeldes erteilt.

Herr Umscheid führte anhand eines mitgebrachten Modells die Beschreibungen zu einem Gräberfeld aus. Auf dem jetzt schon frei geräumten Grab links der Kreuzigungsgruppe wären maximal 15 Gräberstellen (60 x 40 cm) mit Umgriff möglich. Das Grabmal an sich würde aus Sandstein bestehen, sowie mit festgesetzten Beschriftungsmerkmalen. Der Umgriff würde in Porphyr (Naturstein/frostsicher) ausgeführt, wobei ein Folien- sowie Plattenunterbau erfolgen wird. Die Freifläche neben dem eigentlichen Grabstein könnte mit Kies oder Erde je nach Wunsch zur Bepflanzung gestaltet werden.

Stadtrat Schnellbach fragte an, ob das Urnengräberfeld gleich bestückt wird und die Interessenten dann vor Ort eine Belegungswahl treffen können.

Herr Umscheid bejahte dies. Zudem führte er aus, dass sich die Kosten bei 15 Grabstellen auf 356,00 € pro Grabstelle belaufen würden.

Anschließend wurden die einzelnen Möglichkeiten der Anlegung (2 x 5 er Reihen/ 3 x 4er Reihen etc.) erörtert.

Weiterhin wurde vorgeschlagen, die rechte Seite von der Kreuzigungsgruppe als Urnenfeld vorzusehen. Allerdings sei zum jetzigen Zeitpunkt nur ein kleines Feld zur freien Verfügung und erst in 2 Jahren (Wegfall einer Familiengrabstelle) ein optimales freies Feld für die Urnenfelderbelegung gegeben.

Es wurde deshalb vorgeschlagen, erst links der Kreuzigungsgruppe mit dem Urnenfeld zu beginnen und dann nach aufbrauchen desselben und freierwerden des rechten Feldes von der Kreuzigungsgruppe das Urnenfeld in diese Richtung zu erweitern bzw. anzulegen.

Zudem wurde es für gut befunden, die alten Kreuze, die bisher neben dem Leichenhaus ausgestellt waren nun an der Mauer entlang der Kreuzigungsgruppe, zur besseren Geltungbringung, anzubringen.

Die Sitzung wurde ab 19.10 Uhr im Rathaus fortgesetzt.

1. Bgmin. Kappes eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Einwände zum letzten Sitzungsprotokoll vom 13.09.07 wurden nicht erhoben.

Weiterhin gab sie bekannt, dass noch zwei Tagesordnungspunkte, öffentlich und nichtöffentlich, mit aufgenommen werden müssten.

Im Gremium bestand hierzu Einverständnis.

Zudem teilte Bgmin. Kappes mit, dass sich Frau Scheiblauber etwas verspäten werden, da sie sich noch im Stau befinde.

Daraufhin wurden die weiteren TOP bis zum Eintreffen von Frau Scheiblauber vorgezogen.

TOP ABBERUFUNG EINES MITGLIEDES DER SCHULVERBANDSAUSSCHUSSES DORFPROZELTEN

Bgmin. Kappes führte hierzu aus, dass sich durch die Verlagerung der Hauptschule nach Faulbach beim Schulverband Dorf-/Stadtprozelten zum Stichtag 01.10.2007 folgende Schülerzahlen ergeben:

- Dorfprozelten 73 Kinder
- Stadtprozelten 62 Kinder

Nach Art. 9 Abs. 3 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes besteht die Schulverbandsversammlung aus den ersten Bürgermeistern der am Schulverband beteiligten Gemeinden. Gemeinden, aus denen mehr als 50 Schüler die Verbandsschule besuchen, entsenden ferner bis einschließlich 100 Verbandsschüler einen weiteren Vertreter und für jeden weitere angefangene Hundert Verbandsschüler einen weiteren Vertreter als Mitglied in die Schulverbandsversammlung.

In Abs. 4 ist geregelt, dass Stichtag für die Feststellung der Zahl der Verbandsschüler der 1. Oktober eines jeden Jahres ist. Überzählige Mitglieder der Schulverbandsversammlung sind durch den zuständigen Gemeinderat abzubrufen.

In Vollzug dieser gesetzlichen Vorgabe hat der Stadtrat von Stadtprozelten ein Mitglied des Schulverbandsausschusses (entweder 2. Bgm. Tauchmann oder Stadträtin Betz) abzubrufen.

2. Bgm. Tauchmann erklärte sich bereit, freiwillig zurückzutreten.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten beruft in Vollzug des Art. 9 Abs. 3 und 4 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes das von ihm bestellte Mitglied, Herrn 2. Bgm. Tauchmann, des Schulverbandsausschusses des Schulverbandes Dorf-/Stadtprozelten mit Wirkung zum 01.10.2007 ab.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	11	11	0

TOP 1 STADTUMBAU WEST

Die Behandlung dieses TOP erfolgte nach dem Eintreffen von Frau Scheiblauber und nach dem TOP 4.

Bgmin. Kappes begrüßte Frau Prof. Scheiblauber und gab vor ihrer Worterteilung die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis:

Zur Antragstellung war es dringend notwendig ein Planungsbüro hinzuzuziehen, da die Anforderungen nicht von der Verwaltung allein erledigt werden konnten. Aufgrund des Zeitdrucks und den Vorkenntnissen von Frau Scheiblauber erschien die Wahl ihres Büros sinnvoll. Mit der Antragstellung kreuzen sich auch die anderen Interessen der Stadt (Trassenverlegung im Förderantrag sowie Hochwasserschutz, Sanierung Altort, Bahn und Bauvorhaben Hock etc.) die man inhaltlich schwer trennen kann.

Es ist unbedingt wichtig und notwendig ein Planungsbüro für die Bebauungsplanänderung „Mitteltor“ einzuschalten. Da die Überplanung „Mitteltor“ einhergeht bzw. unabdingbar im Zusammenhang mit dem Stadtumbau West steht ist es sehr sinnvoll (einfache Wege, leichtere Koordination, keine weitere Einarbeitungszeit, Zeitdruck Veränderungssperre etc.) alles in einer Hand zu belassen.

Wir müssen auch unbedingt etwas für die Veränderungssperre tun – die Beschlussfassung einer solchen allein reicht nicht, es muss eine konkrete Überplanung erfolgen, die ohne Zweifel nicht ohne einen Planer durchgeführt werden kann.

Der erweiterte Planungsauftrag diesbezüglich wurde aufgrund der aktuellen Entwicklung im Baugenehmigungsverfahren vorläufig nicht berücksichtigt.

TOP 1.1 VORSTELLUNG DES FÖRDERANTRAGES

Dem Gemeinderat lag der Entwurf zur Antragstellung als Tischvorlage vor.

Frau Scheiblauber bedankte sich für die bisherige Zusammenarbeit und die Zusammenführung von Ideen in die jetzigen Stadtplanungsvorstellungen.

Zusammenfassend erklärte sie, dass es Ziel der Stadtentwicklung sei, ohne vorhandenes Wachstum durch aktive Maßnahmen wieder Bevölkerung anzuziehen oder zumindest zu halten. Für die Aufnahme in das Programm Stadtumbau West sprechen vor allem der anhaltende Bevölkerungsverlust sowie die Brachfläche am Ortseingang Richtung Dorfprozelten.

Frau Schreiblauber umriss kurz die Geschichte der Förderprogramme und betonte, welche Chancen das Förderprogramm Stadtumbau West für die Stadt biete. Es sei ein flexibles Programm, das auch die soziale Stadt mit einbeziehe.

Die Förderung beträgt im Einzelnen 30% Bund, 30% Land und 40% Kommune. Das Programm laufe bereits und die Zeit zur Antragstellung (Mitte Oktober 2007) drängt.

Sie verwies darauf, dass der Antragtext bereits erstellt sei und nur noch

Bildmaterial beigelegt werden müsse. Vorerst würde das Programm 8-10 Jahr für die Stadt laufen.

Die Schwerpunkte werden bei der Industriebrache, dem Bahnhof, der Fa. Hock, den öffentlichen Gebäude und der Wiederansiedlung von Gewerbe liegen. Sie betonte auch, dass jeder Euro die die öffentliche Hand gibt, einen Anstoß von 4-8 € bewirke. Zudem verwies sie auf die im kleinsten Raum liegenden städtischen Qualitäten von Stadtprozelten. In diesem Zusammenhang sprach sie auch die Verkehrsproblematik sowie die Haltung von Betrieben an.

Der Hochwasserschutz sei wichtig aber im Förderprogramm subsidiär. Allerdings seien aber die Aspekte aus dem Hochwasserschutz zu berücksichtigen.

Bezüglich der Verkehrsplanung sei es wichtig eine Lösung in das Gesamtkonzept einzubauen, allerdings müsse man auch den zeitlichen Rahmen (Aufnahme in das Ausbauprogramm erst 2011) im Auge behalten.

Vordringlich sei die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für Stadtprozelten mit dem Ziel zu definieren, wo in welchem Bereich (z.B. Altstadt etc.) konkrete Maßnahmen laufen sollen; bzw. das Herauszufiltern, was jetzt schon verbessert werden kann, ohne die weiteren Planungen (Hochwasserschutz/Umgehungsstraße) zu ver- bzw. behindern.

Weiterhin sah sie einen Schwerpunkt der Arbeit mit den Bürgern. Diesbezüglich kann auch der Stadtumbau früher einsetzen als die Hochwasserschutzmaßnahme.

Sie sprach sich dafür aus, die positive Stimmung in den Behörden (Regierung, WWA, Straßenbauamt) als einmalige Chance für Stadtprozelten zu nutzen.

Im Einzelnen führte sie aus:

- Beleuchtung des Gastronomiebereichs, Untersuchung von Alternativen.
- Sanierung wertvoller Bausubstanz (33 Denkmäler – größtenteils in Privatbesitz).
- Rückbau von Problembereichen (Licht/Luft) – dies sei zwar erst ein zweiter Schritt, aber nicht unbedeutend; Erreichbarkeit der 2. Baureihe hangseits, etc.
- Verbesserung der Qualität des öffentlichen Raums. Hierbei soll die Stadt als Vorreiter dienen z.B. Bahnhofsplatz, Mittlerer Weg, Stadteingänge, Parkplätze etc.
- Entwicklung einer Arbeitsgruppe (Moderation, Freiflächenplaner, Anwohner).

Frau Scheiblauber führte weiter aus, dass man mit kleinen Schritten anfangen muss um Außenwirkung zu erzielen.

Es gelte jetzt den Antrag für die Planung zu stellen und dann aus der Planung heraus zu entscheiden.

Abschließend wurden von ihr nochmals einzelne Passagen der Antragstellung aus dem Entwurfsmanuskript erläutert.

Stadtrat Grimm merkte an, dass die Maßnahme heute noch nicht überschaubar sei und fragte nach, ob die Zuschüsse baubegleitend seien?

Bgmin. Kappes erklärte, dass z.B. die Hochwasserschutzumsetzung nur mit Höchstförderung für die Stadt möglich sei. Wie hoch selbige nun sein werde könne man auch heute noch nicht sagen. Zuschussaussagen seien immer schwierig. Man müsse jetzt zum Aufnahmeantrag bereits Mittel einstellen. Man müsse schließlich erst einmal in das Programm aufgenommen werden.

Stadtrat Schnellbach hakte nochmals bei der Bezuschussung nach und fragte nach den förderfähigen Kosten und ob die Zuschüsse gleich fließen oder erst nach 10 Jahren.

Bgmin. Kappes erklärte, dass dies ein flexibles Förderprogramm (nicht nach FAG) sei und die Zuschüsse fließen sollen. Allerdings könne dies nur passieren, wenn auch Geld eingestellt wird.

Frau Scheiblauer erläuterte, dass sie nur die Planungskosten eingestellt habe. Derzeit liegen die Ingenieurkosten bei ca. 12%.

2. Bgm. Tauchmann war dafür erst den Hochwasserschutz zu realisieren, bevor man mit den Sanierungen wieder im Hochwasser stehe. Auch seien die Anwohner nicht bereit zu investieren, wenn keine Freilegung kommt. Er sehe keinen strukturellen Wandel im Altort ohne vorherige Hochwasserfreilegung.

Stadtrat Haider war das Gesamtkonzept für die Stadt vorrangig herauszustellen.

3. Bgm. Kortus merkte an, dass man die Stadtplanung schon vorab in hochwasserfreien Bereichen realisieren kann – auch um Signalwirkung zu erzielen.

Auch Bgmin. Kappes erklärte, dass Hochwasserfreilegung und Stadtplanung nicht von heute auf morgen stattfinden wird – schon allein aus finanziellen Gründen. Viel mehr sollte man das Augenmerk auf Pilotprojekte lenken.

Frau Scheiblauer stellte nochmals klar, dass eine Gesamtplanung wichtig sei und sie auch die Bürger mit einbeziehen muss. Ziel sei es auch, für das WWA und das Straßenbauamt einen Zeitplan aufzustellen. Weiterhin wichtig sei es auch Bewegung zu zeigen – auch als Signalwirkung für die Privatleute.

Diesbezüglich verwies sie auch nochmals auf die Förderung von privaten Investitionen – z.B. Fassadenrenovierung -, bei denen sich die Stadt auch gemäß dem Schlüssel beteiligen müsse. Allerdings fallen die Zuschüsse für Privat in etwa in der Höhe von 5 – 10.000,00 € pro Maßnahme an. Dies seien kleine und überschaubare Projekte mit entsprechender Signalwirkung.

2. Bgm. Tauchmann merkte nochmals an, dass ohne Hochwasserfreilegung niemand investieren wird.

Stadtrat Haider war der Ansicht, dass man das Projekt in seiner Gesamtheit betrachten muss.

Stadträtin Betz teilte die Bedenken von 2. Bgm. Tauchmann, war aber der Meinung, man sollte unbedingt die positive Stimmung nutzen und als Chance für Stadtprozelten sehen. Sie werde deshalb das Gesamtkonzept unterstützen.

Stadtrat Roth konnte dem Förderprogramm nur positives abgewinnen. Er merkte an, dass letztendlich nur die Stadt bestimme, was umgesetzt wird. Wichtig sei es, erst einmal in das Programm aufgenommen zu werden.

Stadtrat Birkholz sah hier ein Zeitproblem. Das Förderprogramm sei nun auf 8 Jahre ausgelegt, andererseits dauert es schon bis 2011 bis der Ausbauplan für die Straße rechtlich greife. Zudem sehe er andere Gemeinden dringender wie z.B. Kirschfurt und Faulbach.

Stadtrat Haider war der Ansicht, dass man für die Stadt entscheide und nicht für die umliegenden Gemeinden.

Stadtrat Roth führte aus, dass das Straßenbauamt planen und auch die Einstufungen vornehmen wird.

Frau Scheiblauber merkte an, dass das Förderprogramm vorläufig für 8 Jahre angesetzt wird und dann noch verlängert werden kann.

Stadträtin Kappes war der Ansicht, dass man die 3 Komponenten (Straße, Hochwasser, Stadtumbau) zügig zusammenfügen und auch eine Umsetzung vorsehen sollte.

Stadtrat Birkholz fragte nach, ob nicht auch Neuenbuch und der Hofthiergarten mit in das Programm aufgenommen werden könnten.

Frau Scheiblauber führte hierzu aus, dass man die Stadtteile in den Antrag mit aufnehmen und später aufteilen könne.

Stadtrat Schnellbach kam nochmals auf die Finanzierung zurück. Er fragte nach, ob 60% der Maximalzuschuss sei und ob alle Einstellungen auch durchgeführt werden müssen. Positiv sei für ihn heute, dass eine Straßenverlegung seitens des Straßenbauamtes in Aussicht gestellt wird.

Frau Scheiblauber erklärte, dass dies eine feste Bezuschussung sei und die Stadt bestimme, was letztendlich umgesetzt wird.

Auch Bgmin. Kappes betonte, dass eine Hochwasserbezuschussung anders gehandhabt wird und nicht mit diesem Förderprogramm zu vergleichen sei.

Stadtrat Schnellbach fragte nach, ob auch eine Förderung möglich sei, wenn

man im Programm aufgenommen und einzelne Vorhaben nicht im Gesamtprogramm berücksichtigt habe.

Bgmin. Kappes erklärte, dass sowohl eine Gesamtkonzeptförderung als auch Einzelprojekte gefördert werden können.

2. Bgm. Tauchmann schlug vor, dass man bei anderen Gemeinden nachhören und nach Erfahrungswerten im Programm Stadtumbau West fragen sollte.

Bgmin. Kappes regte an, erst mal den Aufnahmeantrag zu stellen. Alles Weitere werde man dann sehen, wenn man in das Programm aufgenommen sei.

2. Bgm. Tauchmann fragte nach den Kosten des Planungsbüros? Bzw. bat um die Festlegung eines Festpreises.

Frau Schaublauer führte hierzu aus, dass sie für die Antragstellung auf Stundenbasis arbeite. Weiterhin sei ihr die Finanzlage der Stadt bekannt; dies würde auch beim Stundensatz Berücksichtigung finden. Bisher habe sie 60 Stunden Arbeit investiert und war der Ansicht, dass man mit 80 Stunden insgesamt hinkomme. Der derzeitige Stundensatz der HOAI liege bei 40-80,00 €.

3. Bgm. Kortus und Stadtrat Roth plädierten dafür die Stundensatzvereinbarung zu belassen und nicht auf einen Festpreis zu bestehen. Man sollte fair mit Frau Scheiblauer abrechnen.

Auch Bgmin. Kappes sowie Stadträtin Betz waren der Ansicht, dass man die Antragstellung nicht auf Stunden genau festlegen kann. Hierbei habe man Vertrauen zu Frau Scheiblauer.

TOP
1.2

BEAUFTRAGUNG EINES PLANUNGSBÜROS

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten erteilt Frau Prof. Scheiblauer den Auftrag zur Erstellung des Aufnahmeantrages in das Förderprogramm Stadtumbau West.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	11	11	0

TOP
1.3

BESCHLUSSFASSUNG ZUR MITTELBEREITSTELLUNG FÜR DAS STÄDTEBAULICHE ENTWICKLUNGSKONZEPT

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten nimmt die vorgetragene Antragstellung zum Aufnahme in das Förderprogramm Stadtumbau West zur Kenntnis und erteilt zu den vorgesehenen Planungsbereitstellungskosten (Planungskosten = 100.000,00 €) für die Antragstellung seine Zustimmung.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	11	11	0

Bgmin. Kappes bedankte sich beim Gremium für die breite und einstimmige Unterstützung für dieses einmalige Projekt.

Frau Scheiblauber schloss sich der Ansicht von Bgmin. Kappes an und ermutigte zu diesem ersten Schritt.

Abschließend bedankte sich Bgmin. Kappes für die Ausführungen von Frau Prof. Scheiblauber und verabschiedete diese.

TOP 2 NEUANLAGE URNENBESTATTUNGSMÖGLICHKEIT

Bgmin. Kappes fasste nochmals das Ergebnis der Begehung am Friedhof zusammen. Im Allgemeinen wurde das Anlegen eines Gräberfeldes links der Kreuzigungsgruppe favorisiert mit den Maßen 4 x 3 er Reihen.

Stadträtin Kappes sprach sich eher für die rechte Seite der Kreuzigungsgruppe aus.

Stadtrat Grimm schlug einen rechteckigen Urnenkreisel bzw. Urnengruppe mit 18 x 3 Urnenfelder vor. Er fand diese Lösung gangbarer als das Urnenfeld. Seiner Meinung seien hier die Probleme vorprogrammiert, wenn die Angehörigen über die Felder von Fremden laufen müssen. In einem Kreisel hätte alles seine Ordnung.

Stadtrat Birkholz merkte hierzu an, dass bei einer Kreislösung noch mehr Leute auf der gleichen Fläche untergebracht werden als im Urnenfeld. Er sieht das nicht als Vorteil eines Kreisels an.

Stadträtin Betz war der Ansicht, dass sich die Leute, die ein solches Urnenfeld möchten, auch über die Handhabung im Klaren sind. Sie sprach sich auch klar für die Urnenfeldlösung aus.

2. Bgm. Tauchmann sprach sich ebenfalls für das Urnenfeld aus. Dieses sei zukünftig leichter zu erweitern und wirke optisch besser als immer wieder ein Urnenkreisel.

Stadtrat Roth sprach sich für ein Urnenfeld auf der rechten Seite der Kreuzigungsgruppe aus, da sie für die Zukunft leichter zu erweitern sei.

Stadtrat Schnellbach sprach sich auch für die linke Seite aus, da die Felder an der rechten Seite jetzt noch zu nah an der Kreuzigungsgruppe (als optischer Friedhofsmittelpunkt) liegen würden. Wenn 2009 das Grab rechts der Kreuzigungsgruppe wegfalle, könne man dann dort auch erweitern.

Stadträtin Baumann schloss sich der Ansicht von Stadtrat Schnellbach an.

Stadtrat Haider sprach sich zum jetzigen Zeitpunkt auch für die linke Seite aus. In 10 Jahren könne man weiter sehen und evtl. auch an eine Belegung im Wiesenfeld denken. Seiner Ansicht nach, sei genug Platz hierfür im Friedhof vorhanden.

Bgmin. Kappes sprach sich auch für einen Beginn des Gräberfeldes auf der linken Seite aus, da die rechte Seite erst nach dem Grabwegfall eine sinnvolle Erweiterung darstellt.

Stadtrat Schnellbach sprach sich dafür aus, die untere Abdeckplatte auch aus Porphyrr anstatt aus Sandstein erstellen zu lassen, da dieser Naturstein nicht so wasseranziehend sei, wie der Sandstein.

Auf die Einholung weiterer Angebote wurde aufgrund der bisherigen guten Zusammenarbeit mit dem Unternehmen und die Vorhaltung vor Ort verzichtet.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten stimmt der Anlegung eines Urnenfeldes links der Kreuzigungsgruppe mit einer Belegung von 3 x 4 Reihen lt. dem Angebot der Fa. Umscheid vom 13.09.07 zu. Die Ausführung der Grundplatte soll ebenfalls in Porphyrr erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	11	9	2

TOP 3 BESTELLUNG DES STELLVERTRETERS DES GEMEINDEWAHLLEITERS

In der Sitzung am 29.03.2007 hat der Stadtrat Herrn Gerhard Freund als Wahlleiter und Christian Schlegel als dessen Stellvertreter für die Kommunalwahl 2008 berufen.

Nachdem die Verwaltungsgemeinschaft auch für die Gemeinde Altenbuch die Wahlleiter bestellen soll, war es erforderlich, dass Herr Schlegel dort als

Wahlleiter berufen wurde.

Aus diesem Grund macht die Verwaltung den Vorschlag Frau Annemarie Schmidt als Stellvertreterin des Wahlleiters für die Stadt Stadtprozelten zu berufen.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Berufung von Herrn Christian Schlegel zum Stellvertreter des Wahlleiters bei der Kommunalwahl 2008 zurück und beruft Frau Annemarie Schmidt an dessen Stelle.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	11	11	0

TOP 4 VOLLZUG DES ART. 19 ABS. 1 GO - ANTRAG DES STADTRATS KARL-HEINZ CZERR AUF ENTLASSUNG AUS DEM EHRENAMEITGLIEDES

Dem Stadtrat wurde mit den Einladungen der Bescheid des Landratsamtes vom 08.10.07 über die Beanstandung der Ablehnung des Antrages von Stadtrat Czerr aus dem Amt als Stadtrat zugestellt.

Grundsätzlich ist hierzu festzustellen, dass mit dem Nachreichen einer ausführlicheren Begründung seines Antrages der an Herrn Czerr zu stellenden Anforderung Genüge getan wurde. Es sind keine Anhaltspunkte vorhanden, die gemachten Angaben in Zweifel zu ziehen.

Andererseits sind die von einzelnen Stadträten vor den beiden Beschlussfassungen gemachten Äußerungen sachfremd und mit Mutmaßungen behaftet.

Es stünde dem Stadtrat gut an, die Angelegenheit ohne eine Ersatzvornahme durch das Landratsamt zum Abschluss zu bringen.

Den Zuhörern sowie dem Stadtrat wurde der Bescheid des Landratsamtes vom 08.10.07 nochmals im Wortlaut zur Kenntnis gegeben.

2. Bgm. Tauchmann erklärte, dass er weiterhin wie in der Vorgängersitzung Stellung gegen eine Abberufung beziehen werde. Der Bescheid des Landratsamtes ändere daran nichts.

Stadtrat Schnellbach führte hierzu aus, dass auch das Landratsamt nicht immer Recht habe. Er sei persönlich von Stadtrat Czerr enttäuscht. Er habe erwartet, dass sich dieser in einer Sitzung hierzu äußere und nicht mit dem Stadtrat, nach 14-jähriger Zusammenarbeit, in 3 Zeilen abhandelt. Stadtrat Czerr könne z.B. durch Vorlage seiner Auftragsbücher einen entsprechen-

den Nachweis führen bzw. sich vor Ort erklären. Er wisse nicht, was Stadtrat Czerr der Rechtsaufsicht erzählt habe. Er sehe weiterhin kein Nachweis für eine Abberufung und keine Rechtswidrigkeit in dem bisherigen Beschluss. Weiterhin sah er es als sehr „leicht“ an, den Beschluss durch die Eingabe bei der Rechtsaufsicht kippen zu lassen. Dies wäre seinerzeit auch für ihn in einigen Angelegenheiten auch möglich gewesen.

3. Bgm. Kortus führte hierzu aus, dass es sich hierbei nicht um eine Eingabe handelt sondern vielmehr ist es sogar die Pflicht eines jeden Bürgermeisters einen Beschluss zu beanstanden, den er für rechtswidrig hält. Die Rechtsaufsicht hat dann auch festgestellt, dass der 2. Beschluss (nicht der 1. Beschluss) rechtswidrig war, nachdem Stadtrat Czerr eine ausreichende Begründung nachgeliefert habe. Dies würde schließlich von Juristen festgestellt.

Stadträtin Betz konnte das Problem des Stadtrates zur Entlassung an sich nicht nachvollziehen bzw. wie es so weit kommen konnte. Schließlich müsse es jedem Ratsmitglied zugestanden werden, nach Vorliegen von entsprechenden Gründen, ausscheiden zu können.

Bgmin. Kappes verwies auf andere Gemeinden, wie z.B. Weilbach, bei der es Gang und Gebe sei Gemeinderatsmitglieder abzuberufen und Listennachfolger zu benennen. Dies sei in der heutigen Zeit sicherlich keine Ausnahme.

Zudem merkte sie an, dass dieses Verhalten keine Werbung für sich in der Öffentlichkeit sei. Wie soll man Leute noch für eine Mitarbeit (auch im Hinblick auf die Kommunalwahl 2008) gewinnen, wenn man eine Entlassung aus einem Amt unnötig verkompliziert. Dies sei keine Werbung für ein Ehrenamt, sondern negative Schlagzeilen für die Stadt. Zudem erinnerte sie den Stadtrat daran, dass er auch einmal geschworen habe, rechtmäßig zu handeln und zu entscheiden.

Stadtrat Haider merkte an, dass er schon den Verlauf der letzten Sitzung diesbezüglich nicht nachvollziehen konnte und bezeichnete diese auch als die bisher für ihn schlimmste Stadtratsitzung. Wenn Leute aus reiner Borniertheit solche Entscheidungen treffen, sehe er sich hier im falschen Gremium.

Stadträtin Kappes verwies darauf, dass Juristen durch ihre Bildung entscheiden, es manchmal aber besser sei, nach gesundem Menschenverstand zu entscheiden.

Bgmin. Kappes bat darum, eben diesen gesunden Menschenverstand auch in die anschließende Beschlussfassung mit einzubeziehen.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten hebt auf Grund des Bescheides des Landratsamtes Miltenberg vom 08.10.2007 seine Beschlüsse vom 26.07.07 bzw. 13.09.07 auf und entlässt Stadtrat Karlheinz Czerr aus seinem Ehrenamt als Stadtrat.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	11	5	6

TOP 5 BÜRGERFRAGEN ZUR TAGESORDNUNGStadtumbau West

Frau Markert Regina beglückwünschte den Stadtrat zum Beschluss Stadtumbau West und begrüßte die Entscheidung für die nächste Generation.

Entlassung Stadtrat Czerr aus dem Stadtrat

Frau Heike Meyer zeigte sich befremdet über die Beschlussfassung zur Entlassung von Stadtrat Czerr zumal hierfür für den Bürger keine nachvollziehbare Begründung zur Ablehnung erfolgte. Die Entscheidung trage nach Außen, dass man im Ehrenamt gefangen sei. Dies lasse auch andere ehrenamtliche Tätigkeiten (Vereine, Festhelfer etc.) schlecht aussehen. Ein Ausscheiden aus einem Ehrenamt muss ihrer Meinung nach gestattet sein.

2. Bgm. Tauchmann merkte an, dass man den Sportverein nicht mit dem Stadtrat verwechseln sollte.

Herr Wolfram Meyer führte aus, dass er das Gesamtkonzept für den Stadtumbau West als positiv für die Anwohner sehe.

Zur Angelegenheit mit Stadtrat Czerr merkte er an, dass auch er die Haltung des Stadtrates nicht nachvollziehen kann. Sicherlich sei ein Sportverein anders zu Handhaben als ein Stadtrat; aber auch hier müsse man Rechte achten und den Mensch akzeptieren.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

TOP 6 BERICHT DER BÜRGERMEISTERINMietwohnung alte Schule Neuenbuch

In der Küche der Mietwohnung in der alten Schule in Neuenbuch senkt sich der Linoleumboden. Die Fa. Ort war bereits vor Ort und hat diesbezüglich eine Untergrunduntersuchung vorgenommen.

Büchergeld 2007/08

Die Erhebung des Büchergeldes für 2007/08 steht im Ermessen des Schulaufwandsträgers. Der Schulverband Dorfprozelten wird lt. telefonischer Rücksprache die Erhebung des Büchergeldes aussetzen. Eine entsprechende Aufhebung des Gesetzes wird gerade vorbereitet, greift aber noch

nicht.

Für den Schulverband Faulbach wird wohl das gleiche gelten; eine Info hierüber liegt aber noch nicht vor.

Einmündung Waldstraße/Neuenbucher Straße

An der Einmündung Wald-/Neuenbucher Str. befand sich ein Wildwuchs auf dem Grünstreifen, der neu angelegt werden soll. Dies gestaltet sich als nicht ganz einfach, da ein Höhenunterschied von 1,9 m überwunden werden muss sowie nicht die ganze Grünfläche sich im Besitz der Stadt befindet. Die ca. 3m Privatfläche soll als Holzlagerplatz beibehalten werden.

AZV-Sitzung vom 16.10.07

In der Sitzung des AZV wurde die Digitalisierung des Verbandnetzes beschlossen. Den Auftrag hierfür erhielt die Fa. BRS, Marktheidenfeld. Die Kosten belaufen sich auf ca. 8.000,00 €. Das Gis-System soll in der Kläranlage vorgehalten werden.

Weiterhin wurde die Ausschreibung des RÜB 6 beauftragt sowie Herrn Klärwärter Dümig als Gewässerschutzbeauftragten benannt.

Stadthalle

Bgmin. Kappes setzte den Stadtrat über das Feuchtigkeitsproblem in der Garderobe in der Stadthalle in Kenntnis. Zwischenzeitlich wurde ein anderer Malerbetrieb – Fa. Leibfried, hinzugezogen, die mit Hilfe von Chemikern der Sache auf den Grund gegangen sind. Tatsache ist, dass Feuchtigkeit (Luftfeuchtigkeit 98%) vom Heizraum aus durch das Offenlassen der Türe zur Garderobe (eigentlich als Abhilfemaßnahme gedacht) oberflächlich den dortigen Kunstharzputz mit Mikroorganismen befallen hat. Derzeit sorgt ein Entfeuchtungsgerät für die notwendige Abhilfe (24 l Wasser am Tag).

Stadtrat Schnellbach warnte vor dem Dauereinsatz dieses Gerätes, da es wirklich alles Wasser rausziehen würde und so Schäden verursacht.

Bgmin. Kappes erklärte, dass ein entsprechendes Lüftungssystem zur Entlastung erst noch installiert werden muss und das Luftentfeuchtungsgerät nur als Übergangslösung eingesetzt wird.

Zudem merkte sie an, dass im Heizungsraum selbst kein Mikroorganismusbefall vorliegt. Dies liege am dort verwendeten Kalkputz, der die Ansiedlung von Mikroorganismen erschwert.

.....
Claudia Kappes
1. Bürgermeisterin

.....
Regina Wolz
Schriftführerin